



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2016

Vorwort - Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften - 2014/2015

Diggelmann, Oliver ; Hufeld, Ulrich ; Kirste, Stephan ; Müller-Graff, Peter-Christian ; Schubel,
Christian

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-196656>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Diggelmann, Oliver; Hufeld, Ulrich; Kirste, Stephan; Müller-Graff, Peter-Christian; Schubel, Christian (2016). Vorwort - Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften - 2014/2015. In: Diggelmann, Oliver; Schubel, Christian; Kirste, Stephan; Müller-Graff, Peter-Christian; Hufeld, Ulrich. Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften - 2014/2015. Baden-Baden: Nomos, 7-9.

Vorwort

Wenn wir hiermit – nach längeren Verzögerungen – den sechsten Band des Jahrbuches für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften vorlegen, so wollen wir damit erneut vor allem Einblicke in die Forschungsarbeit an der Andrassy Universität Budapest (AUB) und deren Umfeld geben. Fast alle Beiträge stammen von Professoren, Dozenten und Gastwissenschaftlern der Universität sowie – auch diese Tradition des Jahrbuches wird weiter verfolgt – von Absolventinnen des LL.M.-Studienganges. Letztere Aufsätze sind aus den besten Masterarbeiten des Absolventenjahrganges 2014 hervorgegangen. Von den sieben Beiträgen dieses Bandes werden sehr verschiedene Themen angesprochen, doch berühren sie alle mit dem Europarecht und der Rechtsvergleichung die beiden Säulen des Ausbildungs- und Forschungsprofils der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften.

In den letzten Jahrzehnten hat die Vertiefung der Integration innerhalb der Gemeinschaft, seit 2004 in der weiträumig nach Osten erweiterten Union dazu geführt, dass sich die Gerichte der Mitgliedstaaten zunehmend mit anderen europäischen, nicht mehr „fremden“ Rechtsordnungen zu beschäftigen haben. Da es dabei um unterschiedliche Rechtsgebiete geht, fällt es nicht leicht, sich einen Überblick über den Gesamtprozess zu verschaffen. *Herbert Küpper*, seit mehr als einem Jahrzehnt Semester für Semester als Gastdozent und Honorarprofessor an der Andrassy Universität tätig, entwirft in seinem Beitrag ein facettenreiches Bild der Anwendung ungarischen Rechts durch deutsche Gerichte.

Dass Regelungen des Unionsrechts auch über die Grenzen der EU ausstrahlen, verdeutlicht schön der Beitrag von *Svetlana Shilkina*, der ersten belarussischen Absolventin des LL.M.-Studienganges. Von ihr werden wichtige Eckpunkte eines belarussischen Entwurfes zur Regulierung von Investmentfonds, der bisher noch nirgends vorgestellt worden ist, vor dem Hintergrund der einschlägigen unionsrechtlichen Vorschriften erörtert.

Attila Vincze setzt sich eingehend mit der Europäisierung der Klagebefugnis auseinander. Die gravierenden Einflüsse des Europarechts werden gerade auch in der rechtsvergleichenden und geschichtlichen Perspektive deutlich. In den Blick genommen werden besonders Deutschland, Öster-

reich, das Vereinigte Königreich, Tschechien und Ungarn. Das deutsch-österreichische Modell der möglichen Betroffenheit in subjektiv-öffentlichen Rechten („Verletztenklage“) ist dabei an seine Grenzen gelangt. Staaten, die – wie das Vereinigte Königreich – bereits eine großzügige Auffassung von der Klagebefugnis besaßen, sind insoweit weniger von der Europäisierung betroffen als etwa Deutschland oder Österreich.

Dem Anliegen der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der Andrassy Universität entsprechend nimmt auch *Juliette Renault* eine komparatistische Perspektive ein, wenn sie in ihrem Aufsatz die Umsetzung des Fiskalpakts in Deutschland und Frankreich vergleicht. Während Deutschland den Anforderungen des 2012 geschlossenen völkerrechtlichen Vertrages „über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ genüge, gelinge dies Frankreich nicht. Auch die deutsche Umsetzung sei nicht fehlerfrei, falle aber derzeit angesichts der praktisch geübten Haushaltsdisziplin nicht ins Gewicht. Zum Beleg dieser These untersucht die Autorin den Inhalt des Vertrages, insbesondere das Staatsschuldenrecht des Art. 3 und das völkervertragliche „Gebot der Selbstverfassung“ (Art. 3 Abs. 2), sodann die Umsetzungsgesetzgebung in den beiden Staaten.

Umweltrechtliche Aspekte im Vergaberecht stehen im Zentrum der Untersuchung von *Ada Sporer*. Angesichts der Volumina öffentlich-rechtlicher Vergaben kann die Beachtung umweltrechtlicher Belange in diesen Verfahren einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigkeit liefern. Seit der Vergaberechtsnovelle von 2014 spielen diese „sekundären Vergabezwecke“ eine wichtige Rolle. Die Autorin bewertet die Auswirkungen der neuen Richtlinie trotz des Problems einer gewissen Überfrachtung mit vergabefremden Anforderungen insgesamt positiv. Ob diese Potentiale der Richtlinie genutzt werden können, bleibt freilich noch von der Umsetzungspraxis der Mitgliedstaaten abhängig.

Im ungarisch-tschechischen Rechtsvergleich untersucht *Rita Simon* aus Prag, die im Jahr 2013 ein halbes Jahr als Senior Research Fellow am Donau-Institut der Andrassy Universität forschte, in gewisser Weise „live“ die gerade stattfindende Umsetzung der Richtlinie 2013/11/EU über die alternativer Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten in beiden Mitgliedstaaten.

Der letzte Beitrag des Bandes ist hervorgegangen aus einer Zusammenarbeit von Nachwuchswissenschaftlern aus drei EU-Beitrittsstaaten, wie sie so vielleicht nur an der Andrassy Universität in Budapest zustandekommen konnte: *Krzysztof Oplustil*, heute Professor an der Jagiellonen

Universität Krakau, nutze einen Forschungsaufenthalt als Senior Research Fellow am Donau-Institut der Andrassy Universität, um gemeinsam mit *Leszek Dziuba*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zivil- und Wirtschaftsrecht der AUB, und *Daniel Hain*, erster tschechischer Absolvent des LL.M.-Studienganges, die grenzüberschreitende Umwandlung von Gesellschaften im Verhältnis der Rechtsordnungen Polens, Ungarns und Tschechiens zu hinterfragen.

Die Herausgeber bedanken sich bei Stud.Ass. *Katharina Pöppel* vom Fachbereich Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Bereich Grundlagen, Prof. Kirste) der Paris Lodron Universität Salzburg für die Lektorierung der Beiträge. Erneut haben wir aber auch der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Baden-Württemberg Stiftung Dank zu sagen für ihr fortdauerndes Engagement an der Andrassy Universität Budapest, mit dem eine wesentliche Grundlage für die Durchführung des Studienbetriebs an der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaft und letztlich auch für die Herausgabe dieses Jahrbuches geschaffen worden ist.

Oliver Diggelmann
Ulrich Hufeld
Stephan Kirste
Peter-Christian Müller-Graff
Christian Schubel

